

20. Sitzung

Freitag, den 27. Januar 2012

aus Anlass des Gedenktages für die

Opfer des Nationalsozialismus

Mainz, Deutschhaus

Begrüßungsansprache

des Landtagspräsidenten Joachim Mertes..... 1175

Gedenkrede

"Wir waren eine große Familie, und jetzt ist keiner mehr da"

Jaques Delfeld,
 Vorsitzender und Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Sinti
 und Roma – Landesverband Rheinland-Pfalz –..... 1178

Gedenkrede

Anhaltende Diskriminierung – Antiziganismus nach dem Völkermord

Prof. Dr. Wolfgang Benz,
 Wissenschaftlicher Leiter des Fachbeirats zur Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz
 der Landeszentrale für politische Bildung..... 1180

Ansprache

des Ministerpräsidenten Kurt Beck..... 1185

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Irene Alt, Frau Malu Dreyer, Jochen Hartloff, Dr. Carsten Kühl, Frau Eveline Lemke, Roger Lewentz; Staatssekretär Martin Stadelmaier.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Guido Ernst, Thomas Günther, Andreas Hartenfels, Marcus Klein, Frau Ruth Leppla; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Margit Conrad; die Staatssekretäre Dr. Salvatore Barbaro, Jürgen Häfner, Frau Heike Raab, Frau Vera Reiß.

Rednerverzeichnis:

Beck, Ministerpräsident:	1185
Benz, Prof. Dr., Wissenschaftlicher Leiter des Fachbeirats zur Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz der Landeszentrale für politische Bildung	1180
Delfeld, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Rheinland-Pfalz –	1178
Präsident Mertes:.....	1175

**20. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 27.01.2012**

Beginn der Sitzung: 10:32 Uhr.

**Begrüßungsansprache
des Landtagspräsidenten Joachim Mertes**

Präsident Mertes:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, laut Ihrem Programmheft beginnt die Sitzung heute mit einem Musikstück. Der Winter ist allerdings zurückgekommen, womit alle nicht gerechnet haben, auch nicht die Musiker. Sie sind deshalb noch nicht vollzählig anwesend. Wir werden es nunmehr so machen, dass wir die Musik, mit der wir zunächst beginnen wollten, nachholen werden.

So viel zur Erklärung.

Meine Damen und Herren, seien Sie herzlichst zu dieser 20. Plenarsitzung willkommen geheißen, die wir am Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee begehen. Es ist eine ständige Übung dieses Parlaments, dass wir an diesem Tag mit einer Plenarsitzung die Menschen würdigen, die ermordet worden sind, die nicht mehr bei uns sein können.

Ich fange damit an, dass ich Ihnen die Einladung zur heutigen Sitzung zeige. Es ist die Fotografie eines jungen Mädchens, das aus einem Waggon herauschaut. Es ist zu einem der bekanntesten Bilder für die Völkermorde der Nationalsozialisten geworden, meine Damen und Herren, liebe Gäste. Lange Zeit war man der Meinung, es wäre ein jüdisches Mädchen. Es ist eigentlich egal, um was für ein Mädchen es sich handelt. Es ist zehn Jahre alt. In dem Fall stellte sich heraus, es war ein niederländisches, ein holländisches Mädchen. Sie war zehn Jahre alt. Als wir die Einladung gemacht haben, bat ich darum, mehr über das Mädchen herauszufinden, ob wir beispielsweise erfahren können, wie es hieß.

Ja, wir können erfahren, wie das Mädchen hieß. Es hieß Anna Maria Steinbach. Ihr Vorname in der Gemeinschaft der Sinti lautete: Settela. Anna Maria Steinbach, keine zehn Jahre alt. 1934 geboren, 1944 ermordet.

Settela war das siebte Kind des Geigers und Händlers Heinrich Steinbach und seiner Frau Emilia. Insgesamt hatten sie zehn Kinder. Emilia Steinbach und all ihre Kinder fielen dem Völkermord zum Opfer. Heinrich Steinbach, der Vater, starb 1946 im Alter von 43 Jahren – so kann man es wirklich sagen – an gebrochenem Herzen.

Meine Damen und Herren, das Parlament gedenkt heute der Opfer des Nationalsozialismus gemeinsam mit der Landesregierung und zahlreichen Gästen.

Ich begrüße Sie, die Damen und Herren Abgeordneten, und freue mich, dass Herr Ministerpräsident Kurt Beck und die Mitglieder der Landesregierung bei uns sind.

Ich begrüße für das Diplomatische Korps den Generalkonsul der Republik Türkei, Herrn Aslan Alper Yüksel, sowie den Vertreter des Generalkonsulats des Staates Israel in München, Herrn Konsul Herzal Edri. Seien Sie herzlich willkommen!

An der Spitze der Vertreter der Sinti und Roma darf ich Herrn Romani Rose, den Vorsitzenden des Zentralrats, unter uns begrüßen sowie die Vertreter des Landesverbandes Rheinland-Pfalz.

Unter Ihnen sind Überlebende des Völkermordes mit ihren Angehörigen. Wenn Sie Ihr kleines schmales Programmheft aufschlagen, werden Sie dort eine Namensliste finden. Meine Damen und Herren, wir begrüßen Sie alle, Überlebende, Verwandte, Nachkommen, hier in diesem Parlament. Ich danke Ihnen, dass Sie an dieser Sitzung teilnehmen, dass Sie das auf sich genommen haben, hierherzukommen.

Ich freue mich, dass ich den Vorsitzenden des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden hier in Rheinland-Pfalz, Herrn Dr. Peter Waldmann, sowie Frau Schindler-Siegreich, die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Mainz, begrüßen darf.

Außerdem freue ich mich natürlich, dass Vertreter der Kirchen in Rheinland-Pfalz anwesend sind. Ich begrüße den Beauftragten der Evangelischen Kirchen, Herrn Dr. Posern, und stellvertretend für die Katholische Kirche Herrn Nacke, den Leiter des Katholischen Büros, und natürlich den Mainzer Ehrenbürger Monsignore Klaus Mayer, den wir gestern schon im Dom sahen. Er hat auch schon in diesem Parlament gesprochen. Auch von seinem Schicksal waren wir beeindruckt.

Unter uns sind auch Professor Dr. Karl-Friedrich Meyer, der Präsident des Verfassungsgerichtshofs, und der Bürgerbeauftragte Dieter Burgard, den ich zugleich als Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen hier begrüßen darf.

Ebenso darf ich auf der Tribüne Christoph Grimm, den ehemaligen Landtagspräsidenten, meinen Vorgänger, begrüßen.

Sie, sehr geehrter Herr Delfeld, sind der Ansprechpartner für einen ganz besonderen Gruß. Wir kennen uns nun schon viele Jahre und haben eine Zusammenarbeit zwischen Ihrem Landesverband, dem Parlament und der Landesregierung immer gemeinsam gepflegt, um einfach miteinander eine neue Zukunft zu finden. Uns ist vieles gelungen, vieles muss noch getan werden. Ich danke Ihnen aber ganz herzlich dafür, dass Sie uns dabei die Möglichkeit gegeben haben, dass wir wieder zueinander finden konnten, lieber Herr Delfeld.

Zu uns gekommen als Redner ist Herr Professor Dr. Wolfgang Benz, der hier vorne sitzt, der ehemalige Leiter des Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin und Leiter des Fachbeirats für Gedenkarbeit Rheinland-Pfalz. Ich bin froh, dass Sie da sind und nachher zu uns sprechen werden.

Wir haben viele anerkennende Worte darüber gehört, dass Sie heute zu uns gekommen sind. Herzlichen Dank, dass Sie da sind.

Wir haben für die Einladung zur Sitzung die Fotografie, die ich Ihnen eben zeigte, von Settela Steinbach gewählt, weil sich in dieser Aufnahme alles bündelt: die Grausamkeit, weggeführt zu werden, irgendwo hinzukommen, wo man nicht weiß, was dort ist, was dort geschieht, die Not von Menschen, mit 40 oder 50 vier, fünf Tage oder mehr in einem Güterwagen zu leben, ohne Wasser und ohne Lebensmittel. – Dennoch, trotz all dieser Grausamkeiten hat der Völkermord an Sinti und Roma lange Zeit im öffentlichen Bewusstsein kaum eine Rolle gespielt. Er wurde verleugnet.

Die Geschichte der „Wiedergutmachungszahlungen“ ist beschämend. Meine Damen und Herren, die Vorurteile gegen die Minderheit nach dem Zweiten Weltkrieg wurden im Grunde nicht abgebaut.

1956 hat der Bundesgerichtshof in einem Grundsatzurteil die Behauptung aufgestellt, die rassische Verfolgung der Sinti und Roma hätte erst seit März 1943 stattgefunden. Frühere Verhaftungen seien keine rassisch begründeten Verfolgungen gewesen. Diesen Satz muss man sich als Nichtjurist auf der Zunge zergehen lassen. Das heißt also, es lag etwas anderes vor, der Dauerverdacht, man wäre kriminell oder Ähnliches.

Was mich als jungen Mann zehn Jahre später als Lehrling aufgeregt hat, war, dass die Generation der Täter später auch die Generation der Richter war, dass die gleichen Leute, die als Inspektor oder Oberinspektor bei irgendeiner Stadtverwaltung den Hausrat einer Sinti-Familie verkauft und eingetragen haben, Listen für die OFD in Koblenz angefertigt haben, die wir dann später fanden, diejenigen waren, die die Wiedergutmachungsanträge entgegennahmen und dann wieder urteilten, ob man in einem KZ gesessen habe, ob man in einem Arbeitslager als Zwangsarbeiter war oder vielleicht „nur“ in einem Ghetto.

Erst 1963 ist diese Rechtsprechung geändert worden, und 1982 hat Helmut Schmidt als erster deutscher Bundeskanzler erstmals den Völkermord auch öffentlich besprochen.

Meine Damen und Herren, wir haben uns bemüht, aus dieser Diskriminierung Lehren zu ziehen. Rheinland-Pfalz hat als erstes Bundesland mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Rheinland-Pfalz – eine Rahmenvereinbarung zum Schutz vor Diskriminierung und zur Förderung der Kultur der Minderheit geschlossen und auch einen Fonds eingerichtet, um diejenigen Opfer zu unterstützen, die bei allen Entschädigungszahlungen durch den Rost gefallen waren, was ich eben versuchte zu beschreiben.

Zur Achtung gehört aber auch, dass wir nicht nur die Opfer unterstützen, sondern auch, dass wir das Leiden in die Erinnerung bringen.

Vor 70 Jahren hat die Wannsee-Konferenz stattgefunden. In unserer Ausstellung sehen Sie all die Gesichter der Verantwortlichen. Es gibt darüber auch einen Film,

der vor Kurzem in ARTE zu sehen war. Ich habe ihn schon vor vielen Jahren gesehen. In ihm wird beschrieben, wie es neben diesem gigantischen Militärapparat, von dem man glaubte, das wäre es, nämlich die Wehrmacht und die Waffen-SS, einen genauso starken zivilen Apparat gab, der die Diskriminierung bürokratisch voll durchgezogen hat, und zwar alles mit beschönigenden Worten wie „Evakuierung“ oder „Sonderbehandlung“. Man kann sich in unserer Zeit gar nicht vorstellen, dass darum gestritten worden ist – das betrifft jetzt die jüdischen Kriegsteilnehmer des Ersten Weltkrieges –, ob man sie sonderbehandeln sollte oder, wenn sie eine bestimmte Stufe des Kriegsverdienstordens hatten, ob man sie dann anders behandelte. Ich nenne dies nur einmal, um die Art der Bürokratie, die dort herrschte, in Erinnerung zu rufen.

Meine Damen und Herren, im KZ Osthofen waren zwischen März 1933 und Juli 1934 auch Sinti interniert. Die Verfolgungen nahmen ständig zu. 1940 sind 100 Mainzer, 90 Wormser und 9 Ingelheimer Sinti – damit wir sehen, es war mitten unter uns – in das württembergische Sammellager Hohenasperg gebracht worden. Allein dieses Wort muss Gruseln auslösen. Es ist eine Burg in Baden-Württemberg, die man als Kerker benutzt hat. Viele Pfälzer sind dort gewesen, auch alle anderen, die man verfolgt hat.

Die Zeitzeugin Augustine Steinbach, die ihre ersten Lebensjahre im Saarland verbracht hatte, war damals neun Jahre alt. Sie wurde in die Klarastraße in Mainz gebracht. Dort waren das Polizeipräsidium und auch das Polizeigefängnis. Sie berichtet uns: „Wir wußten nicht, wo wir hinkommen werden, bis wir dann im besetzten Polen waren. Wir Kinder hatten sogar noch unsere Schulranzen mitgenommen. Die haben wir nicht brauchen können in Polen. Aber wir wussten ja nicht (...) was uns da bevorstand.“

Das würden unsere Kinder heute auch so sagen, wir wussten ja nicht, was uns bevorstand. Man konnte es auch nicht erahnen.

Meine Damen und Herren, deshalb stellen wir stellvertretend jedes Jahr für andere eine bestimmte Opfergruppe in den Mittelpunkt unserer Veranstaltung und unseres Gedenkens. Die Gruppe der Abgeordneten, die das vorbereitet, hat vorgeschlagen, im nächsten Jahr werden das die Zwangsarbeiter sein. Wir wollen damit nicht eine Gruppe der anderen vorziehen. Wir wollen damit nicht aufrechnen, wer mehr leiden musste. Nein, wir wollen nur deutlich machen, wir dürfen von denjenigen, die dort leiden mussten, keinen vergessen.

Vergessen dürfen wir auch nicht diejenigen, die nun als Zeitzeugen immer weniger werden. Meine Damen und Herren, einer war Philipp Benz. Er war der letzte damals noch lebende Angehörige der Lagergemeinschaft ehemaliger Osthofen-Häftlinge und ist am 13. November 2011 im Alter von 99 Jahren verstorben. Er hat uns bei dem Aufbau in Osthofen geholfen. Wir haben ihn vom Landtag aus auch geehrt, mit dem, was man als Landtag dort machen kann. Wir wollten ihn nicht vergessen.

Meine Damen und Herren, nun bitte ich Sie, sich zum Gedenken der Opfer zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

- Wir denken an Sinti und Roma in ganz Europa, die der verbrecherische NS-Staat entrechtet, verfolgt und in Auschwitz und an vielen anderen Orten ermordet hat.
- Wir denken an die vielen Millionen jüdischen Kinder, Frauen und Männer, die Opfer des Antisemitismus und der Rassenideologie des Nationalsozialismus wurden.
- Wir gedenken auch der Kommunisten, der Sozialdemokraten, der Mitglieder des Zentrums, aller Angehörigen des bürgerlichen Widerstandes und aller Frauen und Männer, die wegen ihrer Weltanschauung als politische Gegner verfolgt wurden.
- Wir denken an Christinnen und Christen aller Konfessionen, die wegen ihrer tätigen christlichen Nächstenliebe verfolgt wurden.
- Wir gedenken der Menschen in den besetzten Ländern, insbesondere Mittel- und Osteuropas, die erniedrigt, ausgebeutet und ermordet wurden.
- Wir denken an die alten, psychisch Kranken und behinderten Menschen, die Opfer der NS-Krankenmorde geworden sind.
- Wir denken an die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.
- Wir denken an die Homosexuellen,
- die Kriegsgefangenen und die Opfer der Militärgerichtsbarkeit, auch an die eigenen Opfer der eigenen Militärgerichtsbarkeit
- und an alle Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Wir dürfen das nicht vergessen. Wir dürfen das nicht in die Vergangenheit schieben. Vielmehr müssen wir alles tun, damit sich solches auch nicht im Ansatz wiederholt.

Herzlichen Dank. Bitte nehmen Sie Platz.

(Die Anwesenden nehmen wieder Platz)

Unsere Gedenkveranstaltung soll dazu beitragen, dass wir die Würde der Menschen wieder anerkennen, ihre Namen genannt und ihre Geschichten erzählt werden.

Wie ich vorhin gesagt habe, hatte das Orchester etwas Probleme mit dem Schnee. Ich heiße Sie nun aber ganz herzlich willkommen! Wer Sie gestern bei dem Konzert in der Bonifaziuskirche gehört hat, der kam mit Begeisterung zurück. Herzlichen Dank, dass Sie da sind!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, heute nur die Vergangenheit zu beschwören, wäre zu wenig. In dem Gedenken muss auch klar werden, welche Entwicklung wir heute haben. Ich weiß, dass man als Deutscher mit einem Stein auf der Zunge mit manchen Themen umgehen muss. Aber in vielen Ländern Europas – in unseren Nachbarländern, auch in der Europäischen Union – gibt es weiter Diskriminierungen. Es gibt sie in Ungarn, wo sie ganz offensichtlich ist, wo wir als Europäer dafür kämpfen müssen, dass das, was wir als Standards haben, dort auch von der Regierung anerkannt, akzeptiert und umgesetzt wird. Das gibt es in Rumänien, in der Tschechischen Republik.

Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass wir jetzt hier einen lauten Ruf richten. Wir müssen vielmehr alles auf anderen Ebenen tun, damit wir hier keine Entwicklungen bekommen, die zu weiteren Diskriminierungen führen. Oftmals ist es immer das gleiche Rezept. Erst setzt man die Menschen in schlechte Wohnungen, in den Schmutz, in den Dreck, um dann sagen zu können, ihr seid dreckig und schmutzig.

Dann gibt man ihnen keine Bildungschancen, keine Arbeitschancen. Schon hat man ein Problem, das man auf eine Art und Weise nicht mehr gelöst bekommt. Dann kann man mit restriktiven Mitteln arbeiten. Das ist nicht unsere Welt, die wir akzeptieren dürfen.

Ich möchte die Situation in Deutschland nicht schönreden. Es ist immer noch so, dass es Benachteiligungen gibt und die Sinti und Roma in schwierigen Verhältnissen leben.

Die Studie über die aktuelle Bildungssituation von Sinti und Roma weist auf diese Situation hin. Meine Damen und Herren Abgeordnete, liebe Gäste, dort, wo wir sind, müssen wir dafür sorgen, dass es keine Diskriminierung gibt. Wir müssen den Mund in unserer Umgebung aufmachen und das sagen.

Ich bin sicher, im rheinland-pfälzischen Landtag findet das Wiederhall. Aber wie hilflos wir sind, hat sich gezeigt, als jetzt die Neonazis eine Mordserie vollkommen unerkannt zehn Jahre lang durchziehen konnten und all unsere Instrumente unscharf und unfähig waren, das zu verhindern. War es immer nur das geblendete rechte Auge? War es die Gesinnung? War es das Vordenken?

Ich möchte hier heute kein Plädoyer für Dieses oder Jenes im politischen Handeln vorschlagen. Aber wir wissen, wir sind dieses Trauma der Neonazis noch nicht los. Wenn Sie sich die Umfragen anschauen, wie junge Menschen über bestimmte Begriffe denken, wo sie Auschwitz ansiedeln oder gar nicht wissen, dass es das gegeben hat, dann wissen wir, dass wir viel Arbeit vor uns haben.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal sagen, wie uns dieses Bild bewegt hat. Es sind nur zwei Sekunden eines von dem Leiter des KZs gedrehten Films, von dem wir das haben. Mit diesem Mädchen von zehn Jahren fühlen und wissen wir, dass unsere Aufgabe nicht erfüllt ist. Wir müssen immer noch weiter dafür kämpfen, dass es keine Diskriminierung gibt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im Hause)

Musik

„Falling Dance“ für Streichorchester
Kálmán Cséki (*1962)

Gedenkrede

**„Wir waren eine große Familie, und jetzt
ist keiner mehr da“**

Jaques Delfeld,
Vorsitzender und Geschäftsführer des Verbandes
Deutscher Sinti und Roma
– Landesverband Rheinland-Pfalz –

Jacques Delfeld:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Mertes, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Beck, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Abgeordnete, Minister, Staatssekretäre! Sehr geehrte Frau Schindler-Siegreich, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, sehr geehrter Herr Dr. Peter Waldmann, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz, sehr geehrte Kirchenvertreter, sehr geehrter Herr Professor Dr. Benz, lieber Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, liebe Vorstände des Landesverbandes Rheinland-Pfalz, sehr geehrte Sinti und Roma aus Rheinland-Pfalz! Latsche Diwes mare Sinti, latsche Diwes mare Roma!

Meine Damen und Herren, es ist eine Ehre für uns alle, dass einige der Menschen, die Jahre ihrer Kindheit in mehreren Konzentrationslagern, auch dem Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, zubringen mussten, hierhergekommen sind, um bei dem heutigen Gedenken dabei zu sein. Für mich persönlich und als Vorsitzender des Verbandes Deutscher Sinti und Roma ist es eine große Ehre, dass Sie der Einladung zu dieser Gedenkfeier gefolgt sind. Manche der älteren Menschen haben einen weiten Weg auf sich genommen. Ich danke Ihnen sehr für Ihr Kommen.

Neun Jahre war Frau Augustine Steinbach alt, als sie in Mainz in der Nacht zum 16. Mai 1940 mit ihrer Mutter und ihrer Schwester von der Kriminalpolizei aus der Wohnung in Mainz in der Hinteren Bleiche – wie bereits gesagt – geholt wurde. Sie versuchte viele Jahre später, sich an Ereignisse zu erinnern, die schon lange zurückliegen, und kann bis heute nicht fassen, was geschehen ist. Mit 100 Sinti aus Mainz wurde sie in die Konzentrationslager und Ghettos im damals besetzten Polen deportiert. Aus gesundheitlichen Gründen konnte sie heute nicht hierherkommen.

Einer von diesen Menschen aber, Herr Ludwig Georg – ich sehe ihn gerade da oben –, ist heute gekommen. Herzlichen Dank, Herr Georg, dass Sie heute gekommen sind!

(Beifall im Hause)

Herr Georg, Sie waren mit Ihren Großeltern, Ihren Eltern und Ihren fünf Geschwistern auch von dieser ersten Deportation betroffen: im Alter von einem Jahr und acht Monaten herausgerissen aus dem Leben in Mainz und für fünf lange Jahre der täglichen Todesangst ausgesetzt. –

Dieser ersten familienweisen Deportation im Mai 1940 folgten weitere, vor allem im Frühjahr 1943 in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Wir alle kennen einzelne Berichte von den katastrophalen Bedingungen in den Konzentrations- und Vernichtungslagern. Vom schlimmsten Vorgehen der Wachmannschaften konnten die Überlebenden häufig gar nicht berichten, weil es Situationen gab, die so demütigend und beschämend waren, dass die Menschen nur versuchen konnten, dies alles mit Schweigen zu vergessen. Die Quälereien, die Angst und der Hunger, denen die Menschen ausgesetzt waren, hatten eine schreckliche Dimension, am schlimmsten jedoch war die Entmenschlichung.

Für die Nazis waren die Bürger, die zu „Fremdrassigen“ gemacht worden waren, keine Menschen, sondern Objekte, die es zu vernichten galt. Die Demütigungen und die Beraubung jeglicher Menschenwürde waren für jeden Einzelnen entehrend, und das Miterleben, wie geliebte Familienangehörige und Freunde ebenso entwürdigt wurden, war noch schlimmer. Das Überleben all dieser Jahre stellte für die einzelnen Menschen keinen Sieg über die Nationalsozialisten dar. Das Überleben war eher eine grausame Last, weil so viele Familienangehörige ermordet worden sind.

Das Vernichtungs- und Konzentrationslager Auschwitz wurde heute vor 67 Jahren von der russischen Armee befreit. Auschwitz steht symbolhaft für den Terror des verbrecherischen Nazistaates. Heute gedenken wir der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz und aller Opfer des beispiellosen totalitären Regimes, welche vom Rassen- und Größenwahn der Nationalsozialisten befreit wurden.

Auch dem Kriegsende wird am 8. Mai in der Bundesrepublik als Tag der Befreiung gedacht. Der Streit über die Frage von Niederlage oder Befreiung war ein langer Prozess in der geschichtspolitischen Auseinandersetzung. Für die Mehrheit der deutschen Gesellschaft war dieses Jahr 1945 das Verlieren des Krieges, eine Katastrophe, ja die Niederlage schlechthin. Für die aus welchen Gründen auch immer verfolgten Menschen bedeutete diese Niederlage von Anfang an und im wirklichen Sinne des Wortes die Befreiung von einer Diktatur. Die Auswirkungen der Verfolgung aus sogenannten rassistischen Gründen sind in der Gemeinschaft der Sinti und Roma bis heute präsent. Die Identität der Kinder und Enkelkinder wurde dadurch entscheidend geprägt – ob in den Familien darüber geredet worden ist oder nicht. Die Erfahrungen, der Verlust, die jahrelange Entmenschlichung waren gegenwärtig. Während die Mehrheit der bundesrepublikanischen Bürger die Niederlage verarbeitet hat, hat die Minderheit der Sinti und Roma ihre Familienmitglieder und ihre Freunde gesucht. Nicht sehr erfolgreich, wie Frau Augustine Steinbach sagte – ich zitiere –: „Wir waren eine große Familie, und jetzt ist keiner mehr da.“

Die Menschen, welche überlebt hatten, versuchten, sich aus dem Nichts wieder ein Leben aufzubauen ohne Unterstützung und Hilfe von der Gesellschaft. Im Gegenteil, das an ihnen begangene Unrecht wurde stattdessen geleugnet. Das, was die Nazis in Presse, Rundfunk, Schulen und im Alltagsleben über Juden und Sinti und Roma gelehrt hatten, um die Ausgrenzung zu vollziehen, die aus Menschen am Ende zu vernichtende Elemente machte – diese Haltung revidierte sich für die Sinti und Roma nach 1945 in keiner Weise.

Erst 1982 wurde der Völkermord an unseren Menschen politisch anerkannt, nachdem Überlebende und deren Nachkommen – so wie unser heutiger Gast Romani Rose – 1980 einen Hungerstreik in der Gedenkstätte Dachau durchführten, um auf das Unrecht aufmerksam zu machen. Die Bürgerrechtsarbeit ging gegen diese Fortführung der nationalsozialistischen Praxis der Sondererfassung und Diskriminierung der Behörden vor.

Die Menschen, die die Verfolgung aus rassistischen Gründen, die Vernichtung durch Arbeit, die sogenannte „Endlösung“ überlebt haben und in ihre Heimat zurückgekehrt sind, diese Menschen in ihrer versöhnenden Haltung, in ihrer menschlichen Größe waren und sind Motivation für viele engagierte Personen in ihrem Einsatz für die gleichberechtigte Teilhabe der Sinti und Roma in der Gesellschaft. Sie haben unendlich viel geleistet, indem sie die Völkermordverbrechen der Nazis und deren Konsequenzen für den einzelnen Menschen in die Öffentlichkeit getragen haben. Die historische Aufarbeitung wurde von ihnen selbst in die Hand genommen, und mit dem Wachsen der Bürgerrechtsbewegung zeigten sie neue Wege für das Zusammenleben von Mehrheit und Minderheit auf. Sie haben über die Mechanismen der Diskriminierung und des Rassismus informiert, über Rechtsextremismus und dessen Folgen aufgeklärt, den Abbau von Vorurteilen gefordert und sich in der Gesellschaft und Politik für eine Gleichstellung aller Menschen engagiert. Alles, was man tun kann, haben Sie getan, um die Faust der Wut in eine ausgestreckte Hand der Versöhnung umzuwandeln.

Diejenigen, die heute noch leben, waren als Kinder in den Konzentrationslagern, so wie zum Beispiel Herr Karl Brühl, der im Alter von fünf Jahren mit seinen Eltern und drei Geschwistern deportiert wurde. Er wäre gerne heute auch als Vorstandsmitglied unseres Verbandes gekommen, leider musste auch er kurzfristig aus gesundheitlichen Gründen absagen. Gerne hätte ich ihm für sein wichtiges Engagement in der Arbeit und sein Kommen gedankt. Fünf Jahre war er in Konzentrationslagern im besetzten Polen. Sein Großvater und zwei seiner Brüder sind im Alter von fünf Jahren bzw. der jüngste Bruder im Alter von neun Monaten im Lager gestorben. Er hat immer großen Wert darauf gelegt, dass seine Kinder eine gute Bildung bekommen, und er hat auch ohne Schulausbildung – es war ihm ja verboten, in die Schule zu gehen – erfolgreich die Jägerprüfung absolviert. Heute kämpft er aber immer noch mit der Ausgrenzung. Sein Sohn wurde zum Beispiel in der Probezeit entlassen, weil dem Chef bekannt wurde, dass er ein Sinto ist. Seine Enkelkinder werden in der Schule nicht gleichberechtigt behandelt. Sein Nachbar fotografiert die Familienmitglieder und teilt auf Nachfrage mit: „Wir sind hier

in Deutschland, wir dürfen das.“ – Für seine Nachbarn ist Herr Brühl also kein deutscher Staatsbürger!

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren des rheinland-pfälzischen Landtags und der Landesregierung, Ihre Initiative, heute zum feierlichen Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus die Minderheit der Sinti und Roma in den Mittelpunkt zu stellen, ist das erneute Zeugnis für den Willen der politisch Verantwortlichen, die nationalsozialistischen Völkermordverbrechen an unserer Minderheit in das historische Gedächtnis der Bundesrepublik einzubeziehen. Nur noch wenige der Überlebenden der Konzentrationslager können diese moralische Anerkennung erfahren, die ihnen von der deutschen Öffentlichkeit und Politik allzu lange verweigert worden ist. Die Anerkennung ist aber nicht nur für die Opfer selbst wichtig, sondern auch für alle ihre Nachkommen. Diese Anerkennung ist Teil der gesellschaftlichen Aufgabe, die Last der Geschichte auf der Seite der Opfer nicht bei ihnen allein zu belassen, sondern einen Teil dieser Bürde mit ihnen gemeinsam zu tragen.

Jeder ist aufgefordert, bei Ausgrenzung und Beleidigung gegenüber Minderheiten einzuschreiten und keine Menschenrechtsverletzungen zu dulden. Das heißt auch, Courage zu zeigen und die Stimme gegen Rassismus und Diskriminierung zu erheben. Es bedeutet, sich bei Demonstrationen gegen den Rechtsextremismus zu stellen, den respektvollen Umgang mit allen Menschen im Lebensalltag einzufordern und die Würde jedes einzelnen Menschen zu wahren und nicht anzugreifen.

Meine Damen und Herren, immer mehr Enkelkinder der Überlebenden bekennen sich in ihrem Umfeld wieder zu ihrer Identität als Sinti oder Roma. Sie gehen ein Risiko ein, und sie wissen das. Sie fürchten die Konsequenzen und wollen aber doch nicht hinnehmen, dass sie einen wichtigen Teil ihres Menschseins verheimlichen sollen. Das macht Mut und ist auch eine Auswirkung der Anerkennung der Politik und der Bürgerrechtsarbeit, die es erreicht hat, dass doch in einem bestimmten Rahmen und in vielen gesellschaftlichen Bereichen ein spürbarer Wandel im Umgang mit unserer Minderheit eingesetzt hat. Leider müssen sich aber auch noch viele gerade bei der Ausbildung, beim Studium, bei der Wohnungssuche und am Arbeitsplatz verleugnen.

Gemeinsam muss das Erreichte vor dem Hintergrund der besonderen historischen Verantwortung weiterentwickelt werden und die Wahrnehmung der Minderheit der Sinti und Roma als ein fester Bestandteil von Geschichte und Kultur unseres Landes gefestigt werden. Eine Konsequenz aus dieser Verantwortung ist die Anerkennung der deutschen Sinti und Roma als nationale Minderheit gemäß dem Europäischen Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und die Aufnahme unserer Sprache, des Romanes, in die Europäische Charta für Minderheiten- oder Regionalsprachen. Mit der verbindlichen Festlegung unserer Minderheitenrechte in der Rahmenvereinbarung, welche das Land Rheinland-Pfalz im Jahr 2005 mit dem Landesverband abgeschlossen hat, ist eine wichtige Aufgabe realisiert worden.

Sinti und Roma sind seit 600 Jahren in Deutschland. Sie sind deutsche Staatsbürger, aber sie haben erneut und massiv Angst vor Übergriffen. Die Verfolgung der Sinti und Roma gehört nicht der Vergangenheit an. Man denke – wie bereits erwähnt – an die Mordanschläge in Ungarn, die rassistischen Ausschreitungen in Bulgarien, die Ausgrenzungen und Verfolgungen in den südosteuropäischen Staaten. Die seit November letzten Jahres bekannt gewordenen Morde der Mitglieder des Nationalsozialistischen Untergrunds haben uns wieder eindringlich vor Augen geführt, welche mörderischen Folgen rassistische Hetze haben kann.

Über Menschenrechte müssen wir uns immer wieder verständigen. Hier sind die Mitgliedstaaten der gesamten Europäischen Union gefordert, mit der Umsetzung der sogenannten „Straßburger Erklärung“ differenzierte politische Vorgaben und Maßnahmen gegen Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und Gewalt zu entwickeln und ein jeweils nationales Strategieprogramm auszuarbeiten, um die Lebenssituation in allen europäischen Mitgliedstaaten für die ethnische Minderheit der Sinti und Roma grundlegend und nachhaltig zu verbessern.

Es ist an der Zeit, dass der Antiziganismus vonseiten der Politik und der Gesellschaft ebenso konsequent geächtet wird wie der Antisemitismus und die Regierungen und staatlichen Stellen die Repräsentanten der Sinti und Roma als gleichberechtigte Partner im politischen Dialog begreifen und gemeinsam mit ihnen konkrete und nachhaltige Lösungen entwickeln.

Gemeinsam mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz wollen wir, der rheinland-pfälzische Landesverband Deutscher Sinti und Roma, hier in unserer Landeshauptstadt Mainz das Ziel eines gemeinsamen Gedenkortes für die Ermordung und Entmenschlichung aus rassistischen Gründen verfolgen. Wir wollen ein deutliches Signal der Gemeinsamkeit setzen und hoffen auch hier auf Ihre Unterstützung.

Für das heutige Gedenken bezeuge ich meinen Respekt und meinen Dank in der Hoffnung, dass von der heutigen Würdigung unserer Opfer ein sichtbares politisches und gesellschaftliches Signal ausgeht, nämlich für die gleichberechtigte Teilhabe unserer Minderheit in der Gesellschaft.

Ich möchte mit einem Gedicht des italienischen Sinto Santino Spinelli schließen. Lassen Sie es uns allen Opfern des Nationalsozialismus widmen.

Ich zitiere:

„Auschwitz

Eingefallenes Gesicht
erloschene Augen
kalte Lippen
Stille
ein zerrissenes Herz
ohne Atem
ohne Worte
keine Tränen.“

Danke schön.

(Anhaltend Beifall im Hause)

Musik

„Ballade“ für Violine und Streichorchester
Ciprian Porumbescu (1863 – 1883)
Solist: Marius Banika

(Anhaltend Beifall im Hause)

Gedenkrede

Anhaltende Diskriminierung – Antiziganismus nach dem Völkermord

Prof. Dr. Wolfgang Benz
Wissenschaftlicher Leiter des Fachbeirats zur
Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz der
Landeszentrale für politische Bildung

Professor Dr. Wolfgang Benz:

Sehr verehrte Überlebende nationalsozialistischer Verfolgung, die heute hiergekommen sind! Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, verehrte Damen und Herren! Dem Erinnern und Gedenken an den nationalsozialistischen Völkermord muss der Wissenschaftler die unerfreulichen Fakten anhaltender und neuer Diskriminierung der Sinti und Roma hinzufügen.

Sinti und Roma bilden die größte Minderheit in Europa, charakterisiert durch autochthone Kultur, eigene Sprache und Randständigkeit. Die jeweilige Mehrheitsgesellschaft nimmt sie eher als Sozialproblem wahr und bringt ihnen traditionell erhebliche Ressentiments entgegen, die als negative Zuschreibungen und Feindbilder artikuliert und agiert werden. Sinti und Roma sind, wie Umfragen seit Jahrzehnten zeigen, nicht nur in Deutschland die mit Abstand am meisten diskriminierte Bevölkerungsgruppe.

Antiziganismus lautet die Bezeichnung des Vorurteils, vergleichbar dem Begriff Antisemitismus, der Vorurteile und Feindschaft gegen die Juden umschreibt. Auch Antiziganismus ist ein schiefer Begriff, in dem die Wurzel „Zigeuner“ deutlich zu erkennen ist. Dieses Wort benutzen wir aus guten Gründen nicht mehr.

Zu beobachten – damit bin ich beim Thema – ist aber neuerdings das Plädoyer für die Verwendung des überholten Begriffes. Allerlei Argumente werden angeführt, wie dieses, dass man sie doch immer so genannt habe, die „Zigeuner“. Oder jenes, dass irgendwo ein Sinto oder eine Romni gesagt haben soll, sie seien doch „Zigeuner“ oder – je nach Region – „Gipsys“ oder „Gitanes“.

Man wundert sich, was das Beharren Außenstehender auf einer von den damit Gemeinten als pejorativ, als verächtlich abgelehnten Bezeichnung für einen Zweck hat. Man muss fürchten, dass die unselige Pseudowissenschaft der Ziganologie, die sich anmaßt, das Wesen der Volksgruppe mit Stereotypen und Klischees zu erklären, wieder aufersteht.

Hat denn nicht eine jede Gemeinschaft das Recht auf ihren Namen, auf den Namen, den sie bevorzugt?

Die Nationalsozialisten nahmen sich als Auftakt der Diskriminierung und der Verfolgung das Recht zu bestimmen, wer Jude sei, und sie definierten die Angehörigen der Minderheit nach den rassistischen Kategorien der NS-Ideologie. „Zigeuner“ nannten sie natürlich „Zigeuner“. Das war verächtlich und beleidigend gemeint.

Die Bezeichnung war üblich, bis die Angehörigen der Minderheit sich in einer Bürgerbewegung sammelten und auf ihrem Recht bestanden, selbst zu bestimmen, wie sie genannt werden wollten. Wir sprechen deshalb heute von Sinti und Roma und bezeugen damit den Angehörigen einer Volksgruppe das Minimum an Respekt, das allen Bürgern gebührt.

Immer noch aber sind – wenn Sie jetzt das Wort „Zigeuner“ von mir hören, steht es selbstverständlich immer in Anführungszeichen – „Zigeuner“ ein beliebtes Genre, deren Folklore sich als literarisches Sujet, als Feature, als Sachbuch mit scheinbar aufklärerischem Anspruch, als Reportage oder in anderer Form ausbeuten lässt. Im günstigsten Falle ist Empathie – vergleichbar dem Philosemitismus der Beflissenen – die Triebkraft, sich mit dem Leben dieses Volkes zu beschäftigen. Im schlimmsten Fall sind es Ressentiments gegen die Minderheit, die in böser Absicht agiert werden. Dann spricht man von Antiziganismus.

In der Wahrnehmung der Mehrheit gehören zum Bild der Minderheit das ungebundene Leben fern moderner Zivilisation, die Metaphern Stehlen, Betteln, Wahrsagen, Musizieren und die Konnotation triebhaft ausgelebter Sexualität.

Als Opernstoff oder im Ölbild als trivialem Träger des Klischees der lockenden spanischen Romni ist die Metapher immer noch allgegenwärtig.

Wolf Wondratschek bemüht in seinem pathetischen Carmen-Gedicht die andalusische Zigeunerin als Metapher für das Weiblich-Animalische: Carmen ist die begehrteste, unzügelbare, rätselhafte, von Trieben gesteuerte Frau, die Verkörperung der Ursehnsucht des Mannes, der ihren „begehrtesten schlechten Charakter“ liebt, nicht von ihr loskommt, sie in allen Frauen sieht, aber nie mehr findet. Ein Beispiel für eine besonders beliebte und besondere wirkungsvolle Form von Mystifizierung.

In der Mythisierung sind trotz signifikanter Unterschiede Parallelen zum Judenbild der Mehrheitsgesellschaft, wie es in Literatur, Kunst, öffentlichem Diskurs tradiert ist, zu erkennen. Wurde der Jude im negativen Sinn als Händler und Schieber, als Fremder und mit unerwünschten Eigenschaften und Merkmalen Ausgestatteter wahrgenommen, so gehören das Bild der schönen Jüdin, das Stereotyp vom reichen Juden, die Vorstellung besonders ausgeprägten Intellekts und künstlerischer Eigenschaften in der jüdischen Minderheit zur Wahrnehmung der Mehrheit. So enthält auch das Bild von Sinti und Roma begehrteste, Neid stimulierende Elemente. Sympathie wird dadurch freilich nicht gestiftet.

Sinti und Roma sind Objekte bestimmter Vorurteile, nach denen sie zum Beispiel den Eigentumsbegriff der Mehrheit nicht teilen würden, sexuell zügellos, aus angeborenem Freiheitsdurst nicht sesshaft zu machen seien, als Konfliktlösung nur Gewalt akzeptierend, nicht an die Lebensformen der Mehrheitsgesellschaft zu gewöhnen, also nicht zu integrieren seien. Die ausgrenzenden Vorurteile konstellieren dann die Lebenswelt der davon Betroffenen. So wird „Zigeunern“ nachgesagt, sie lehnten bürgerliche Wohnformen ab, weil sie lieber nomadisieren würden. Man vermietet ihnen also keine Wohnung, weil sie das Parkett aufreißen und daraus Lagerfeuer machen. Tatsächlich steht aber die Verweigerung der Wohnung dafür, dass man Sinti und Roma zur Nichtsesshaftigkeit zwingt. Das gilt dann wiederum als scheinbar konstitutives Merkmal der Gruppe und wird ihr als wesenseigen vorgehalten. Herr Delfeld hat in seiner Ansprache schon ein drastisches Bild für diese Konstellation gebraucht.

In der Belletristik werden die Roma in der Regel als kindhaftes Volk gezeichnet, das die Errungenschaften moderner Zivilisation nicht begreift und deshalb hartnäckig ablehnt. Die „Zigeuner“ – so die öffentliche Meinung der Mehrheit – verweigern sich gegen die Gesellschaft, in der sie leben, und machen sich dadurch einerseits schuldig, andererseits sind sie dadurch auf exotische Weise attraktiv. Die Skala reicht von der lockenden und lasziven jungen bis zur hexenartigen wahrsagenden alten „Zigeunerin“.

Untrennbar ist die Vorstellung des männlichen „Zigeuners“ mit Musik, mit Pferden, mit Stolz verbunden. Die Bilder vom kindlich unbeschwertem Naturvolk, von den dem Augenblick hingegebenen Naiven, die in einer Gegenwelt zum Fortschritt und zur Zivilisation glücklich leben, finden wir klassisch und exemplarisch formuliert bei Hermann Hesse in „Narziss und Goldmund“:

„Keinem Menschen gehorsam, abhängig nur von Wetter und Jahreszeit, kein Ziel vor sich, kein Dach über sich, nichts besitzend und allen Zufällen offen, führen die Heimatlosen ihr kindliches und tapferes, ihr ärmliches und starkes Leben. Sie sind die Söhne Adams, des aus dem Paradies Vertriebenen, und sind die Brüder der Tiere, der Unschuldigen.“ Das ist Poesie.

Solche Metaphern sind – obwohl ohne böse Absicht geprägt – willkommene Instrumente der Ausgrenzung: Das Vorurteil vom kindhaften Naturvolk rechtfertigt den Ausschluss aus der Gesellschaft der Mehrheit, legitimiert scheinbar Bevormundung, Abneigung und Verfolgung, weil die konstruierten Bilder von der Minderheit sich selbst bestätigende Kraft und Wirkung haben. Vorstellungen über die vermeintliche Welt der „Zigeuner“ sind längst in die Konsumwelt eingedrungen und bestimmen mit Attributen wie rassistig, feurig, pikant das Bild, das sich die Mehrheit von der Minderheit machen will.

Die Tradition der Klischees ist ungebrochen. 1990 erschien ein Buch mit dem Titel „In meiner Sprache gibt's kein Wort für morgen“, in dem das unbeschwerte, ganz dem Augenblick hingegebene vermeintliche „Zigeunerleben“ als Collage einschlägiger Stereotypen geschildert wird. Auch die Empathie stiftende Geschichte von Jenö, dem Zigeunerjungen, der mit einem Gleichaltrigen der

Mehrheitsgesellschaft bis zur Deportation durch die Vollstrecker des nationalsozialistischen Völkermords befreundet ist, löste Vorurteile nicht auf, sondern festigte sie.

Der Text von Wolfdietrich Schnurre war lange Zeit Schullektüre, ehe sich Kritik erhob, weil Jenö und „seine Leute“ mit allen Eigenschaften des bürgerlichen Negativbildes ausgestattet waren: Sie stahlen, übten Magie, arbeiteten als Rosstäuscher und Betrüger, waren verwerflich. Der Text lebt von solchen Zuschreibungen, die der Autor als „andere Sitten“, als Kultur der Minderheit propagiert.

Vor allem aber schreibt die Geschichte damit die negativen Stereotypen über die Minderheiten fest. Generationen von Lehrer haben in bester Absicht dieses Buch als Schullektüre genommen, um Empathie für eine verfolgte Gruppe von Bürgern zu stiften.

Für die Tradierung und ständige Neubelebung des Vorurteils gegenüber Sinti und Roma spielen also Literatur, Informations- und Unterhaltungsmedien eine so zentrale Rolle, wie sie gegenüber keiner anderen Minderheit zu konstatieren ist. Gegenüber Juden wurde das Ressentiment erst durch Religion, dann durch „Rasse“ begründet und entsprechend ideologisiert. Gegenüber Muslimen werden Religion und Kultur instrumentalisiert. Roma werden als atavistische ethnische Gruppe zugleich romantisierend verklärt wie als unzivilisiert und nicht zivilisierbar stigmatisiert.

Mit der Romantisierung in der Belletristik geht die Dämonisierung der ethnischen Gruppe einher, die bis ins Mittelalter zurückreicht. Das negative Bild wurde nicht nur durch Literatur und durch volkstümliche Überlieferung, sondern auch mithilfe der Wissenschaft verbreitet. Ende des 18. Jahrhunderts wurden Erklärungen für das Wesen des „Zigeuners“ populär, die das Konstrukt „Rasse“ benutzten. Von der Kriminalbiologie des 19. Jahrhunderts, die Repressionsgründe gegen die Minderheit lieferte, führte der Weg zur nationalsozialistischen Verfolgung. Die Ressentiments wurden im 19. Jahrhundert durch administrative Maßnahmen politisch agiert. Aus der Überzeugung, es existiere eine „Zigeunerplage“ wurden rigide Aufenthaltsbeschränkungen und Kontrollen verfügt, polizeiliche Willkür vollstreckte die Abneigung der Mehrheit gegen die Minderheit.

Die Verweigerung des Wohnrechts machte die Gruppe zu Nomaden. Damit bestätigte sich das Vorurteil der Nichtsesshaftigkeit aus angeblich rassistisch angelegtem Freiheitsdrang. Gleichzeitig blieb die Minderheit durch die Ausgrenzung aus der mehrheitlich-bürgerlichen Lebenswelt auf traditionelle Erwerbsformen wie den Hausierhandel, das Musizieren, den Bau von Musikinstrumenten, den Handel mit Schrott oder mit Antiquitäten und die Schaustellerei fixiert, was wiederum gegen die Gruppe ausgenutzt wurde.

Die nationalsozialistische Rassenideologie setzte dann nur die Politik der Ausgrenzung fort und entwickelte die Tendenz zur Ghettoisierung. Viele große Städte richteten lagerartige Plätze ein, die teilweise bewacht waren, immer elend gelegen, oft an tabuisierten Orten wie in der Nähe von Friedhöfen oder bei Kläranlagen. Obwohl sie

nicht ausdrücklich erwähnt wurden, galten die Nürnberger Rassengesetze seit 1935 auch für die Minderheit der Sinti und Roma und machten sie zu Staatsangehörigen minderen Rechts, was sie – nebenbei gesagt – unausgesprochen ja schon immer waren.

1938 wurde im Reichskriminalpolizeiamt eine „Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ eingerichtet. Heinrich Himmler, in dessen Zuständigkeit als Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei die Sinti und Roma geraten waren, verfügte am 8. Dezember 1938, dass die „Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen dieser Rasse heraus“ erfolgen müsse, und zwar auf der Grundlage der „durch rassenbiologische Forschungen gewonnenen Erkenntnisse“. Die notwendigen Unterlagen hatten Wissenschaft und Kriminalpolizei zu liefern. Das waren unter der Leitung eines Dr. Robert Ritter die Mitarbeiter der „Rassenhygienischen Forschungsstelle“ des Reichsgesundheitsamtes.

Die Ausrottung der unerwünschten Minderheit gehörte zu den Intentionen nationalsozialistischer Rassenpolitik. Ein Schritt dazu sollte die Übertragung der Strafverfolgung und des Strafvollzugs gegen „Fremdvölkische“ an die SS sein. Das wurde ab September 1942 diskutiert und hatte die Wirkung, dass Sinti und Roma de facto vollkommen rechtlos wurden, das heißt der Willkür von Polizei und SS ausgeliefert waren.

Ab Herbst 1939 diente der Krieg dem nationalsozialistischen Regime als willkommener Hintergrund, vor dem sich die geplante Vernichtung unerwünschter Minderheiten durchführen und der Öffentlichkeit – soweit es sein musste – gegenüber begründen ließ. Am 2. September 1939 wurde das „Umherziehen von Zigeunern und nach Zigeunerart wandernden Personen“ im Grenzgebiet des Deutschen Reiches verboten. Das war als Kriegsmaßnahme begründet; am 17. Oktober 1939 befahl das Reichssicherheitshauptamt, dass „Zigeuner und Zigeunermischlinge“ ihren Wohn- oder Aufenthaltsort nicht mehr verlassen durften. Mit diesem „Festschreibungserlass“ begann die letzte Stufe der Verfolgung.

Den lokalen Polizeibehörden war die Aufgabe übertragen, Sinti und Roma zu zählen – deshalb waren diese zur Sesshaftigkeit verpflichtet worden – und nach Kategorien der Rassenpolitik und der sogenannten „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ zu klassifizieren. Ende September 1939 war beschlossen worden, die auf deutschem Boden vermuteten „30.000 Zigeuner“ wie die Juden zunächst nach Polen zu deportieren. Die Vertreibung der Unerwünschten ins gerade eroberte und unterworfenen Polen war wiederum der erste Schritt zu ihrer Vernichtung: In den Ostgebieten, die wie Kolonien beherrscht und behandelt wurden, konnte der geplante Massenmord besser vollzogen werden; denn Rücksichten auf die Zivilbevölkerung erschienen kaum nötig.

Am 16. Dezember 1942 erließ Himmler als Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei den Befehl, der den Genozid systematisierte. Alle „zigeunerischen Personen“ sollten in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert werden. Unter Geheimhaltung wurden die Betroffenen familienweise verhaftet, ihr Eigentum mussten sie zurückerhalten. Ausweise, Geld, Wertgegenstände wurden konfisziert, also geraubt.

Über Gefängnisse und Zwischenlager kamen die Sinti und Roma nach Auschwitz-Birkenau, in ein abgegrenztes Areal des Vernichtungslagers, wo sie unter entsetzlichen Umständen lebten. Die Gefangenen waren sogenannten „rassenpolitischen Forschungen“ ausgeliefert, auch dem berühmten KZ-Arzt Mengele, der viele von ihnen zu pseudowissenschaftlichen Experimenten missbrauchte. In einer Nacht Anfang August 1944 wurde das ganze „Zigeunerlager“ Auschwitz liquidiert.

Der Völkermord an Sinti und Roma wurde aber an vielen Orten des nationalsozialistischen Herrschaftsgebietes begangen, in den Vernichtungslagern Auschwitz, Chelmno/Kulmhof, Treblinka, Majdanek auf polnischem Boden, durch Massenerschießungen in Polen und im Baltikum, in Kroatien und Serbien, in der Ukraine, auf der Krim.

Aus formalen und juristischen Gründen wurde die Verfolgung der Minderheit der Sinti und Roma in Deutschland nach 1945 lange Zeit ignoriert oder verharmlost. Die alten Vorurteile wirkten weiter, und so bestand die stillschweigende Übereinkunft, diese Minderheit, die Minderheit der Sinti und Roma, sei eigentlich zu Recht verfolgt worden; denn sie sei von ihrer Konstitution her asozial und kriminell.

Die Ausnützung uralter Vorurteile zur Stigmatisierung der Angehörigen einer Minorität war ein über den Zusammenbruch des NS-Staats hinaus wirkendes Unrecht. Noch im Jahr 1956 kam der Bundesgerichtshof zu der Feststellung, die das Verhalten der Mehrheit bei der Verweigerung von Entschädigungs- und Wiedergutmachungsleistungen zu sanktionieren schien – Zitat Bundesgerichtshof –:

„Die Zigeuner neigen zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und zu Betrügereien. Es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe zur Achtung vor fremdem Eigentum, weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen ist.“ So urteilt das oberste deutsche Gericht elf Jahre nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Unrechtsstaats.

Weitere Ressentiments beherrschten die Verantwortlichen, die nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes für die Aufarbeitung des begangenen Unrechts zuständig waren. Sie zogen sich aus der Affäre mit dem Argument, den Sinti und Roma hätte die erlittene Verfolgung weniger ausgemacht als anderen Menschen, da sie von Natur aus unempfindlicher, stumpfer und deshalb zu größerem Leiden fähig seien. Solche Vorurteile bekamen die Verfolgten noch zu spüren, als sie in den 60er- und 70er-Jahren Renten für erlittene Gesundheitsschäden beantragten.

Ein Medizinprofessor kam als Gutachter im Jahre 1971 zu dem Schluss, die Mutter von drei Kindern, die im KZ alle Kraft auf deren Rettung verwandt hatte, könne keine dauernden Folgen ihrer Leidenszeit davongetragen haben. Seine Folgerung lautete – wörtlich –:

„Die sofortige Wiedervereinigung mit dem Ehemann nach der Befreiung und die alsbaldige Wiederaufnahme des gewohnten Wander- und ‚Berufslebens‘ wird ferner dazu beigetragen haben, dass eine etwaige reaktive

depressive Dauerverstimmung, wie sie gelegentlich nach so langer KZ-Lagerzeit beobachtet wurde, nicht zur Entwicklung kommen konnte.“ Ende dieses blamablen Zitats.

Als Spätfolge von KZ-Haft sind Medizinern und Psychiatern die Symptome der Entwurzelungsdepression geläufig. Aber Sinti und Roma haben nach Überzeugung dieser Experten offenbar wesensmäßig und traditionell weniger Leidensfähigkeit als andere Menschen: Ein Sinto, der 18-jährig im Jahre 1938 ins KZ geriet und sieben Jahre lang inhaftiert war, bekam 1971 bescheinigt, die Voraussetzung für eine Entwurzelung im medizinischen und psychiatrischen Sinn sei bei ihm – wörtlich – „nicht in dem Umfang gegeben, wie bei dem Personenkreis, der aus einem festgefügt sozialen Rahmen gerissen wurde.“ Deshalb müsse man bei ihm auch unterstellen, dass – wieder wörtlich – „aufgrund seiner Herkunft die Schwelle der eben noch zu ertragenden unzumutbaren seelischen Belastungen höher anzusetzen ist als bei denjenigen, die in einem festgefügt sozialen Rahmen lebten.“ Ende des Zitats aus dem medizinischen Gutachten.

Anders als die Juden konnten Sinti und Roma lange Zeit nach ihrer Verfolgung noch kaum auf Hilfe und Verständnis rechnen. Die deutschen Entschädigungsbehörden argumentierten bis in die 70er-Jahre hinein im Einklang mit Politikern und der öffentlichen Meinung gegenüber Wiedergutmachungsansprüchen wegen erlittener Verfolgung, die sogenannten „Zigeuner“ seien vor allem als Kriminelle und Asoziale in die Konzentrationslager gekommen und Opfer staatlicher Maßnahmen geworden, mit anderen Worten, sie seien selbst an ihrem Schicksal schuld.

Wurde das Judenbild der Mehrheit in Deutschland nach dem nationalsozialistischen Genozid durch die Opferrolle der Juden und durch Gefühle der Scham und Schuld in der Mehrheitsgesellschaft neu geprägt, so blieb die stereotype negative Wahrnehmung der Sinti und Roma – von einigen, auch schon angedeuteten unzulänglichen literarischen Versuchen abgesehen – unverändert. Das weitgehend statische Bild war im Negativen charakterisiert durch die Vermutung konstitutiver Kriminalität und habituellen „asozialen“ Verhaltens. Dafür finden sich in der deutschen Nachkriegspublizistik reichlich Belege.

Im Frühjahr 1959 berichtete die Illustrierte „Stern“ über einen Aussiedlertransport aus Polen, mit dem 331 „Zigeuner“ – wie selbstverständlich noch geschrieben wurde – in Schleswig-Holstein ankamen. Eine dreiseitige Fotoreportage war dem „fahrenden Volk“ gewidmet: „Die Zigeuner sind da! Aber sie sind eine unerwünschte und unerwartete Zugabe zu den Aussiedlertransporten, die seit Dezember 1955 im Rahmen einer gemeinsamen Aktion des Deutschen und des Polnischen Roten Kreuzes auf dem Zonengrenzbahnhof Büchen eintreffen.“

Zu den Eindrücken des „Stern“-Reporters gehört, dass „die Zigeuner“ nur drei Wochen auf ihre Ausreisegenehmigung warten mussten – wörtlich –, „die Deutschen“ dagegen oft zehnmals solange. Mit Momentaufnahmen werden die Erwartungen des Lesers bedient:

„Katzenschnell will eine der kleinen Mädchengestalten – die meist schon Mütter mehrerer Kinder sind – unter der Postenkette des Grenzschutzes hindurchwischen. Diese Absperrung ist ihr unheimlich. Sie versucht, einem ungewissen Etwas zu entgehen, vor dem sie der ererbte Instinkt warnt. Dem ganzen Volk ist dieser Instinkt zu eigen, als notwendiges Gegengewicht zu der krassen Außenseiterrolle, die es seit jeher in Europa spielt; einem Volk, dessen einziges Schicksal immer wieder ‚Flucht‘ heißt.“

Das war möglicherweise gar nicht so böse gemeint, ging aber, jedenfalls was den Transport von Klischees und Stereotypen betrifft, voll daneben.

Solche Versuche von „Einfühlung“ findet man in einschlägigen Reportagen, Features oder sogenannten „Dokumentationen“ immer wieder. Sie dienen häufig der Rechtfertigung denunziatorischer Beschreibungen.

Diese Tradition der Wahrnehmung ist ungebrochen. Im „Spiegel“ wurden Roma als „nonkonformistisches Nomadenvolk“ charakterisiert, das – so wörtlich – die „wohl am schwersten integrierbare aller Zuwanderergruppen“ sei.

Der Berliner „Tagesspiegel“ wusste im Frühjahr 1990, ohne die Zahlen belegen zu können, dass die Mehrheit der Flüchtlinge aus Rumänien, die sich um Asyl in der Bundesrepublik bewarben, Roma seien, und schürte damit Überfremdungsängste vor einer besonders gefürchteten Gruppe von Migranten.

Auch die Wochenzeitung „DIE ZEIT“ brachte einen Beitrag. Unter dem Titel „Die Zigeuner sind da“ wurden stereotype Vorstellungen bedient und Ängste geschürt. Der rhetorischen Frage des Autorenteam „Was suchen sie hier?“ wurde als Antwort mit einem Zitat den Erwartungen des Publikums entsprochen: „Sie durchschwimmen Oder und Neiß, erhalten Kost und Logis in der Bundesrepublik, klauen trotzdem, betteln trotzdem, denn sie wissen, ihr Aufenthalt wird von kurzer Dauer sein. Und was sie haben, haben sie.“ Das war 1990.

2007 entstand mit Fördermitteln des Landes Hessen ein Film mit dem Titel „Zigeuner“, der vorgibt, Authentizität als Dokument, als Abbildung der Realität zu bieten. Der Film erhielt das Prädikat „wertvoll“, wurde zum „Dokumentarfilm des Monats September 2007“ hoch gepriesen, bei Filmfestivals gezeigt, im Frühjahr 2009 im Prestige-TV ARTE, im Oktober 2010 vom Hessischen Rundfunk ausgestrahlt.

Es handelt sich aber ganz eindeutig um die Inszenierung von Vorurteilen, deren Wirkung in der Stigmatisierung der Minderheit besteht. Der Film transportiert Stereotypen. Die Aufnahmen entstanden in slowakischen Roma-Siedlungen, die offenbar nach dem Grad des dort herrschenden und zu filmenden Elends ausgewählt wurden.

Der Film arbeitet mit drei Thesen. Erstens suggeriert er – wie schon der Titel –, dass die Angehörigen der Minderheit die Selbstbezeichnung „Zigeuner“ anstelle von Roma bevorzugen, zweitens, dass Stehlen diesem Volk wesensimmanent sei, drittens, dass deren ganz normales Alltagsleben dokumentiert würde.

Die Darstellung anonymer Elendssiedlungen wird verallgemeinert; mit dem pejorativen Topos „Klauen“, oder „Hundeessen“, Gewalt, Zügellosigkeit wird ein durchgängig negatives Bild gezeichnet, das mit dem Anspruch auf Authentizität auftritt, der durch die Ausstrahlung im elitären Kultursender und in der seriösen ARD-Anstalt bekräftigt wird.

Die Proteste des Zentralrats der Sinti und Roma in Deutschland sind von Rundfunkanstalten routiniert im üblichen Kanzleistil abgefedert worden. Wenigstens soll das Produkt nicht wieder ausgestrahlt werden, wurde versprochen. Der Film ist ein aktuelles Schulbeispiel für den Transport und die Fixierung von Ressentiments gegen eine Minderheit, lange nach dem Völkermord, dessen wir heute gedenken.

Beunruhigende Befunde erbrachte eine empirische Studie zur Situation von Kindern kosovarischer Roma in Deutschland und nach ihrer Rückführung in den Kosovo. Die Untersuchung wurde im Auftrag von UNICEF vom Zentrum für Antisemitismusforschung und einem internationalen Forscherteam Anfang des Jahres 2010 durchgeführt. Die Studie zeigt, dass dem Kindeswohl nicht Rechnung getragen wird, dass die Kinder und Jugendlichen in ihren Bildungschancen drastisch behindert sind. In der Folge der Abschiebung wird ein beträchtlicher Teil der aus der Bundesrepublik Deutschland Verjagten wieder in Deutschland erscheinen, das sie als ihre Heimat empfinden. Dort sind sie geboren, diese Sprache sprechen sie. Sie werden dann aber, wenn sie wiederkommen, von vornherein den Status von Illegalen, von Unerwünschten, von lästigen Zuwanderern haben.

Mit Aktionen – davon war schon die Rede – wie der Besetzung der KZ-Gedenkstätte Dachau brachten sich Sinti und Roma ab Ende der 70er-Jahre in der Bundesrepublik ins Gespräch, setzten allmählich ihre Selbstbezeichnung statt des Begriffs „Zigeuner“ durch. Aus der Bürgerrechtsbewegung ging der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hervor, der als Interessenvertretung politisch ernst genommen wird und einen erheblichen Beitrag zur Bekämpfung des Antiziganismus leistet. Aber muss die Mehrheitsgesellschaft sich nicht dafür schämen, dass sie diese Arbeit der mentalen Bewältigung des Völkermords jetzt auch lange Zeit ausschließlich den Betroffenen, den Opfern überlassen hat und jetzt auch immer wieder Druck seitens der Opfer notwendig ist, dass die Mehrheit so reagiert, wie sie es von sich aus tun müsste?

Viele Anstrengungen zur Akzeptanz der Minderheit sind also noch erforderlich. Die Mehrheitsgesellschaft – das sind wir alle – ist aufgerufen, dem trauernden und ehrenden Gedenken der Opfer des Völkermords Taten folgen zu lassen, die eine noch immer anhaltende Diskriminierung beenden.

Ziel ist der Respekt vor der Minderheit und ihrer kulturellen Eigenart und die Anerkennung ihrer selbstverständlichen und uneingeschränkten Bürgerrechte.

Ich bedanke mich sehr.

(Anhaltend Beifall im Hause)

Musik

„Rumänische Volkstänze“
Béla Bartok (1881 – 1945)
Bearbeitung für Streichorchester: Arthur Willner

(Anhaltend Beifall im Hause)

Ansprache

des Ministerpräsidenten Kurt Beck

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung, verehrter Herr Professor Meyer für die Dritte Gewalt, verehrte Damen und Herren des Konsularischen Korps, liebe Repräsentantinnen und Repräsentanten der Kirchen!

Mein besonderer Gruß gilt Ihnen, den Opfern des Holocaust, Ihren Nachfahren und denen, die ihre Interessen vertreten. Ich grüße sehr herzlich Sie, lieber Herr Romani Rose, und Sie, lieber Jacques Delfeld, für die Sinti und Roma, die in Deutschland, in unserem Land, als unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger leben.

Ich grüße sehr herzlich Herrn Dr. Waldmann und Frau Schindler-Siegreich, die für die Menschen jüdischen Glaubens hier unter uns sind und mit uns daran arbeiten, das Schreckliche nie zu vergessen, aber auch neues jüdisches Leben in unserem Land zu ermöglichen.

Mein besonderer Gruß und Dank für das Hiersein gilt den Menschen, die selbst die Schrecknisse der Nazidiktatur und der Verfolgung und der schrecklichen Zeit in den Konzentrationslagern erleben mussten. Ihnen gilt unsere herzliche Bitte um Entschuldigung, aber auch unserer tief empfundenen Dank für die ausgestreckte Hand, wie es Herr Delfeld in seiner Rede formuliert hat.

Ich danke sehr herzlich auch Ihnen, verehrter Herr Professor Benz, der Sie uns unmissverständlich die geschichtlichen, aber auch die heutigen Hintergründe für Vorurteile und Stigmatisierung aufgezeigt haben und damit deutlich gemacht haben: Es gibt keinerlei Grund, nur in die Vergangenheit zu schauen, sondern Erinnern und entschlossenes Handeln in unserer Verantwortungszeit sind die beiden Seiten der gleichen Medaille.

Ich will auch Ihnen, lieber Herr Sahiti, und Ihren Musikerinnen und Musikern sehr herzlich danken. Das, was Sie uns hier geboten haben und bieten, ist nicht Umrahmung einer festlichen Erinnerung, es ist Teil dieser Erinnerungsstunde und auf besonders eindrückliche und eindringliche Weise dargeboten. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall im Hause)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will auch all diejenigen danken, die heute hier zusammengekommen sind, aber auch denen, die an anderer Stelle in unserem Land zu dieser Stunde oder im Laufe des Tages zusammenkommen, um diesem 67. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers

Auschwitz zu gedenken. In vielen Städten und Kreisen unseres Landes finden solche Feierstunden statt. Das macht deutlich, dass dieser Gedenktag, den uns der frühere Bundespräsident Professor Herzog anempfohlen hat und den – vielen Dank, Herr Landtagspräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen – dieses Parlament hier aufgenommen hat genauso wie der Deutsche Bundestag und andere, auch seine Auswirkungen hat und seine Nachahmer im guten Sinne findet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es bewegt immer wieder, wenn man sich in Erinnerung ruft, mit welch furchtbarer Kälte und mit welch schrecklicher bürokratischer, militärischer und pseudorechtlicher Vorgehensweise die Verbrechen geplant und durchgeführt worden sind. Wer – der Herr Landtagspräsident hat daran erinnert – die Protokolle der sogenannten Wannsee-Konferenz vor 70 Jahren nachliest, dem wird diese Eiseskälte geradezu körperlich bewusst. Die pseudo-rechtliche Absicherung erschreckt zutiefst. Sie macht aber auch zugleich deutlich, dass Recht und Menschlichkeit nicht nur durch eine Auslegung von Buchstaben, sondern durch das Empfinden, durch wirkliches Streben nach echter Gerechtigkeit bestimmt werden können und dass man Buchstaben missbrauchen kann, sie gegen Menschen, ja den Kerngehalt von Menschlichkeit richten kann.

Deshalb glaube ich, dass wir uns deutlich machen müssen, wie sehr in das Leben von einzelnen Menschen eingegriffen worden ist, damit wir auf der einen Seite die geschichtliche Gesamtdimension, aber auf der anderen Seite auch empfinden, was Menschen widerfahren ist, was ihnen durch die Nazidiktatur in unserem Land im Auftrag unseres Volkes angetan wurde. Deshalb ist es schon etwas Erschreckendes, wenn man daran erinnern muss, wie am 16. Mai 1940 mit bürokratischer Präzision der Abtransport von 2.500 Sinti und Roma in die Ghettos und Konzentrationslager auch hier in dieser Kulturstadt Mainz, in unserem Land Rheinland-Pfalz, vonstattenging und gnadenlos und in dieser Gnadenlosigkeit unendlich präzise dokumentiert worden ist, wie viele, woher und wann.

Diese Gnadenlosigkeit der Deportation hat sich fortgesetzt, indem man gemordet hat, systematisch und immer in einem noch schlimmeren Ausmaß sich steigernd. Es war wirklich erschütternd, wenn man gestern in der „ZEIT“ den Artikel über einen dieser Nazischergen gelesen hat, der Menschen in großer Zahl in Osteuropa hat ermorden lassen und dann Tagebuch geführt hat:

22.8.41 Aglona Geisteskranke: 269 Männer, 227 Frauen, 48 Kinder; addiert 544.

23.8.41 Panevezys: 1.312 Juden, 4.602 Jüdinnen, 1.609 Judenkinder; addiert 7.523.

Und so geht die Liste weiter Tag für Tag, und er saldiert dann diese Tage im August mit 16.152.

Ich glaube, wir müssen versuchen, immer wieder auch an diese, die Menschen berührende Seite zu erinnern, damit wir auch an die herankommen, die diese furchtbare Zeit zwischenzeitlich als irgendein geschichtliches Datum begreifen, das angeblich weit hinter uns liegt.

Das scheint mir wichtig. Deshalb danke ich auch diesem Parlament und allen, die mitarbeiten und mitwirken, unserer Landeszentrale für Politische Bildung, Herrn Dr. Schiffmann und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Organisationen, die sich für die Gedenkarbeit einsetzen, unserem Bürgerbeauftragten, Dieter Burgard, der dies in ehrenamtlicher Weise mit anderen zusammen betreibt, und vielen Menschen in unserem Land, dass sie Gedenkarbeit und zugleich Informations- und Aufklärungsarbeit leisten, sei es in Hinzert, sei es im ehemaligen KZ Osthofen oder an anderer Stelle.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will die Gelegenheit nutzen, unsere Schulen, all diejenigen, die mit Jugendarbeit zu tun haben, zu ermuntern, dass sie die Gelegenheit von Schulfahrten nutzen und solche Gedenkstätten besuchen. Es ist – davon bin ich überzeugt – das Eindrucksvollste, was man bei der Aufarbeitung dieser Phase unserer Geschichte jungen Menschen als Öffnung des Empfindens anbieten kann, an einer solchen Stätte gewesen zu sein und nicht irgendeinen Vortrag und irgendwelche Daten zu hören, sondern mit offenem Herzen und wachem Verstand diese Informationen zu erleben und – wie wir hoffen – auch richtig zu verarbeiten.

Ich glaube, dass es auch notwendig ist, dass wir, die wir Verantwortung im staatlichen Bereich haben, unsere Konsequenzen ziehen, indem wir die Aufklärungsarbeit unterstützen und nicht schwächen, sie nicht durch bürokratische Schwierigkeiten dort, wo sie aus der Mitte der Jugendarbeit heraus geschieht, erschweren. Ich glaube, dass wir auch neben diesem Wichtigsten, was wir tun können, nämlich aufklären, diskutieren, uns auseinandersetzen, jeder Diskriminierung mit Zivilcourage und dem Mut entgegentreten, der oft auch dazugehört. Unser staatliches Handeln muss das begleiten. Wir müssen nämlich konsequent sein in der Verfolgung und in der Repressionsarbeit, die auch dazugehört, bis hin zu einer klaren und hoffentlich auch zügigen Aufarbeitung der Grundlagen um einen der Kernpunkte dieser Netze. Sie wollen heute wieder solches Gedankengut salonfähig machen. Sie konnten es treiben bis hin zu schrecklichen verbrecherischen Auswüchsen. Wir müssen einen dieser Kristallisationspunkte für die furchtbaren Fehlentwicklungen auch mit den Mitteln des Rechtsstaates angehen. Ich rede von einem konsequent und gut begründeten NPD-Verbot.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal auf das zurückkommen, was, glaube ich, mit das Wichtigste ist, nämlich Herz und Verstand in Kindern und Erwachsenen anzusprechen. Es gibt so viele Texte, es gibt so viele Erfahrungsberichte, die uns dazu helfen können, dass man dem nicht hilflos gegen

übersteht. Ich will mit einem Zitat des Sinto Zoni Weisz schließen, einem Sinto, der aus den Niederlanden stammt.

Wörtlich: „Ich sah sofort, wo unsere Familie war. Mein Vater hatte den blauen Mantel meiner Schwester vor die Gitterstäbe des Viehwaggons gehängt, ich erkannte ihn sofort. Es war ein Mantel aus einem weichen blauen Stoff. Wenn ich die Augen schließe, spüre ich heute noch, wie herrlich weich sich der Mantel meiner Schwester anfühlte. Auch wir sollten mit auf diesen Transport nach Auschwitz gehen (...) Mit Hilfe eines ‚guten‘ Polizeibeamten, wahrscheinlich ein Mitglied der Widerstandsbewegung, ist es uns gelungen, der Deportation zu entgehen. Der Polizist hatte uns vorher eingeschärft: ‚Ich gebe euch ein Zeichen, dann lauft um euer Leben.‘ Hier stand der Zug nach Auschwitz: die Viehwaggons und darin meine ganze Familie. Auf der anderen Seite vom Bahnsteig stand ein normaler Personenzug. Als der Polizist seinen Hut abnahm, sind wir losgerannt und konnten in all dem Durcheinander auf den losfahrenden Personenzug aufspringen und so entkommen. Das letzte Bild, das ich vor mir sehe, ist der Zug nach Auschwitz auf dem anderen Bahngleis. (...) Mein Vater schrie voller Verzweiflung aus dem Viehwaggon meiner Tante zu: ‚(...) pass gut auf meinen Jungen auf. Das war das Letzte, was ich von meinen Lieben sah.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wünsche mir, dass bei heutigen Diskussionen und in der Auseinandersetzung mit den Neonazis solche Texte vorgelesen werden, um ihnen deutlich zu machen, es gibt keine Alternative zur Menschlichkeit. Lassen Sie uns deshalb diese Gedenkstunde zur Schärfung des Empfindens, zur Schärfung unseres Gewissens, aber auch als Aufruf zu entschlossenem Handeln nutzen.

Ich danke Ihnen auch namens des Herrn Landtagspräsidenten für Ihre Teilnahme. Nach einem Musikstück werden wir die Gelegenheit zu einer Begegnung im Foyer haben.

Herzlichen Dank.

(Anhaltend Beifall im Hause)

Musik

„Divertimento nach alten ungarischen Tänzen“

Leo Weiner (1885 – 1960)

Nr. 1 op. 20

I Tempo di Csardas (quasi alla Marcia)

II Vivace (Fox Dance)

(Anhaltend Beifall im Hause)

Ende der Sitzung: 12:36 Uhr.